

Pressemitteilung vom 23.12.2003



Freie Wähler zur neuen Sparwut der bayerischen Staatsregierung:

Die Parteien sollen bei sich selbst zu sparen anfangen!

Staatliche Zuschüsse an FW-Bildungswerk für Kommunalpolitik wurden um 30 Prozent gekürzt. Die Freien Wähler fordern gleiche Kürzungen bei den Bildungseinrichtungen der Parteien. Noch viel wichtiger wäre ein massives Zurückfahren der Parteienfinanzierung.

Die Freien Wähler fordern von den politischen Parteien, dass auch sie einen Beitrag zum Einsparen von Staatsausgaben leisten. Dabei weisen sie darauf hin, dass sie als Beispiel voran gehen: Soeben wurden die staatlichen Zuschüsse das FW-Bildungswerk für Kommunalpolitik um satte 30 Prozent gekürzt. FW-Landesvorsitzender Armin Grein: „Das trifft uns zwar hart, weil wir alle ehrenamtlich arbeiten, aber wir sind es gewohnt, unsere Rechnungen selbst zu bezahlen. Aber was für uns gilt, muss für die Parteien in gleicher Weise gelten.“ Die Freien Wähler fordern daher auch für die Parteienstiftungen Kürzungen in Höhe von 30 Prozent.

Für noch viel bedeutender halten sie jedoch ein Zurückfahren bei der Parteienfinanzierung: Für Spenden und Mitgliedsbeiträge erhalten die Parteien staatliche Zuschüsse als „Spende“ aus dem Bundeshaushalt. Nach Ansicht der Freien Wähler ist diese gigantische Selbstbedienung der Parteien nicht gerechtfertigt. Es kann nicht sein, dass die Sparwut der staatlichen Haushalte ausgerechnet die ohnehin bereits gut gefüllten Futterkrippen der staatlichen Parteienfinanzierung ausklammert. Die FW fordern deshalb eine massive Reduzierung der staatlichen Parteienfinanzierung.

**FREIE WÄHLER
Bayern e.V.**

**Landesvorsitzender
Landesverband:**
Armin Grein
Jägerstr. 1, 97828 Marktheidenfeld
Telefon: 09391/3366

**Landesvorsitzender
Wählergruppe:**
Johann Deuerlein
Wölfersdorf 4, 91355 Hiltpoltstein
Tel. 0172-8118177

Pressesprecher:
Gerhard Losher
Tel. und Fax: 089/935926